

Beschluss

Grün stärken - damit sich was ändert!

G20-Gipfel in Pittsburgh: Konkrete Taten statt Gipfelrhetorik

- 1 Seit der Verschärfung der Finanzkrise vor einem Jahr, sind die führenden 20 Staaten der
2 Welt bereits zweimal zu Gipfeltreffen zusammengekommen. Beim ersten Treffen in
3 Washington wurden Maßnahmen zur Finanzmarktregulierung verabredet, vom zweiten
4 Treffen in London ging eine Initiative zur Bekämpfung von Steueroasen aus. Leider ist aus
5 den hehren Absichtserklärungen wenig Greifbares geworden. Deswegen ist es umso
6 wichtiger, dass jetzt in Pittsburgh, dem dritten G20 Gipfel seit Ausbruch der
7 Weltwirtschaftskrise, endlich Taten folgen. Pittsburgh muss ein Erfolg werden!
- 8 Die bisherigen Gipfel waren eine Enttäuschung: Verbindliches wurde nicht beschlossen, die
9 Umsetzung kommt nicht voran. Manche Vorschläge liegen zwar auf dem Tisch, drohen aber
10 von Lobbyisten der Banken und ihren Verbündeten aus Konservativen und Liberalen im
11 europäischen Parlament aufgeweicht zu werden. Völlig blank sind die Staats- und
12 Regierungschefs beim Thema weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte oder bei der
13 ungebremsten Spekulation, die nach wie vor die Preise von Gütern wie Getreide und Öl
14 massiv verzerrt und zu dramatischen Kursausschlägen führt. Der Gipfel in Pittsburgh darf
15 sich um diese - auch für Deutschland unangenehme - Themen nicht herumdrücken. Zu
16 Recht erwarten die Menschen, dass nach zwei Jahren Finanzkrise das Casino endlich
17 geschlossen wird.
- 18 Frau Merkel hintertreibt eine wirkliche Neuordnung der Finanzmärkte. Die deutsche
19 Bundeskanzlerin fährt mit vollem Mund aber leeren Händen nach Pittsburgh. Denn während
20 sie sich international als Fürsprecherin neuer Regeln inszeniert, verhindert sie in Europa und
21 in Deutschland, dass ernsthafte Konsequenzen aus der Krise gezogen werden.
- 22 Das deutsche Gesetz zu Managergehältern ist kraftlos – Exzesse bei Gehältern und Boni
23 werden so nicht verhindert. Ebenso kraftlos ist das Gesetz zur Bekämpfung von Steueroasen
24 und eine schlagkräftige Finanzmarktaufsicht haben Merkel&Co. auf EU-Ebene verhindert.
- 25 Mit dem Grünen New Deal stehen die Grünen für einen umfassenden Neuanfang in unserer
26 Wirtschaftsordnung. Wir Grüne fordern deshalb nicht nur substantielle Fortschritte beim G20-
27 Gipfel in Pittsburgh, sondern streiten für eine ambitionierte nationale und europäische
28 Reformagenda, die den internationalen Prozess begleitet und ergänzt. Eine solche Agenda
29 ist der Gradmesser dafür, wie ernst es der Bundesregierung mit der Ausübung politischer
30 Kontrolle gegenüber den Finanzmärkten ist. Die bisherige Bilanz der Großen Koalition und
31 von Bundeskanzlerin Merkel ist diesbezüglich desaströs. Wir fordern endlich nationale,
32 europäische und globale Taten statt schöner Gipfelrhetorik.
- 33 **1. Begrenzung der Managerboni und -gehälter**
- 34 Kurzfristig und einseitig ausgerichtete gigantische Bonussysteme haben die
35 Risikobereitschaft und die Profitsucht von Managern und Händlern in Banken und Fonds
36 unverantwortlich angeheizt. Aber in ihrem Gesetz zu Managergehältern fasst Merkel die
37 Banken mit Samthandschuhen an!
- 38 **Wir fordern vom G20 Gipfel**, dass er verbindliche Regeln beschließt: Boni müssen sich am
39 langfristigen Erfolg des Unternehmens orientieren! Sie dürfen nicht nur einseitig den Gewinn

40 belohnen, sondern müssen auch Verluste berücksichtigen (Malus).

41 **Parallel dazu fordern wir auf nationaler Ebene,**

42 als ersten Schritt die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Managergehältern
43 auf 500.000 Euro und von Managerabfindungen auf 1 Million Euro.

44 **2. Vollkasko mentalität auf Staatskosten beenden – funktionierende Märkte durch
45 bessere Regulierung**

46 Banken haben zur Zeit eine staatliche Vollkasko-Versicherung ohne dass der Staat
47 ernsthaft auf die Geschäftspolitik Einfluss nehmen kann. Wenn die Banken schlecht
48 wirtschaften und selbst bei offensichtlichen Managementfehlern ist die öffentliche Hand
49 bereit, sie aufzufangen. Damit ist das Haftungsprinzip als eines der elementaren
50 Grundsätze jeder funktionierenden Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt.

51 **Wir fordern vom G20 Gipfel,**

- 52 schärfere Vorschriften für die Eigenkapitalausstattung der Banken. Der Grundsatz
53 muss lauten: Je größer eine Bank ist und je risikoreicher ihre Geschäfte, desto
54 mehr Kapital muss sie als Sicherheit vorhalten. Da Kapital teuer ist, müssen die
55 Banken die Kosten entsprechend ihrer Größe selbst tragen. Die Banken werden so
56 stabiler und kleiner und bedrohen das Gesamtsystem weniger.
- 57 dass klare Grenzen beim Verschuldungsgrad (leverage ratio) von Banken
58 festgeschrieben werden. So wird eine übermäßige Kreditaufnahme der Banken
59 verhindert.

60 **Parallel dazu fordern wir auf europäischer Ebene,**

- 61 dass eine schlagkräftige EU-Aufsicht eingerichtet wird. Der Binnenmarkt kann nur
62 funktionieren, wenn auch die Kontrolle grenzüberschreitend arbeitet.

63 **Parallel dazu fordern wir auf nationaler Ebene,**

- 64 die Aufsicht so zu verbessern, dass sie anders als bei der beinahe-Pleite der Hypo
65 Real Estate früh genug eingreifen kann.

66 **3. Schattenbanken ausleuchten: kein Land, kein Institut, kein Produkt ohne
67 Aufsicht**

68 Märkte in Gebieten ohne Regulierung, Hinterzimmer-Geschäfte, unregulierte
69 Ratingagenturen – all das schwächt die Stabilität der Finanzmärkte. Die G20 haben
70 Grundsätze beschlossen, wie sie Licht in das Schattenbankensystem bringen wollen.
71 Davon ist bislang wenig zu sehen. Auch über zwei Jahre nach der angeblich so
72 erfolgreichen Initiative der Bundesregierung zur Regulierung von Hedgefonds gibt es für
73 sie international immer noch keine verbindliche Regeln, nur weiche Formulierungen in den
74 Gipfeldokumenten. Auch bei den Rating-Agenturen ist international noch keine
75 Regulierung erreicht.

76 **Wir fordern vom G20 Gipfel,**

- 77 global tätigen Finanzinstitutionen globale Aufsichtsstrukturen entgegensetzen. Es
78 darf nicht bei kleinen Reförmchen, wie jetzt in der EU, bleiben. Eine schlagkräftige
79 Finanzmarktaufsicht auf EU-Ebene aber auch für die globalen Märkte muss schnell
80 etabliert werden.
- 81 dass die Banken nicht mehr mit Samthandschuhen angefasst und konkrete
82 Vereinbarungen getroffen werden. Dazu gehört die Schaffung von transparente
83 Handelsplätzen für Finanzprodukte, ein Ende von Over-The-Counter-Geschäften,

84 die volle Berichtspflicht für alle bislang außerbilanziellen Geschäfte und einheitliche
85 Bilanzierungsstandards.

86 **Parallel dazu fordern wir auf nationaler Ebene,**

- 87 □ dass in Deutschland endlich die BaFin zu einem Finanzmarkt-TÜV aufgewertet
88 wird, der alle Finanzprodukte einem Zulassungsverfahren unterwirft.

89 **4. Steuerflucht effektiv bekämpfen**

90 Beim G20-Gipfel in London wurde zu Recht das Ende des Bankgeheimnisses ausgerufen.
91 Doch die Beschlüsse aus London reichen nicht aus, um Steuerflucht wirksam zu
92 bekämpfen. Verdächtige Länder können viel zu leicht von den schwarzen und grauen
93 OECD-Listen schlüpfen. Auch die Bundeskanzlerin und ihre Partei behindern den Kampf
94 gegen Steueroasen. Die Union hat im europäischen Parlament gegen die dringend nötige
95 Reform der Zinssteuer-Richtlinie gestimmt und in Deutschland das
96 Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz verzögert und verwässert. Politik muss sich an
97 der Praxis in den Steueroasen messen und immer wieder nachsteuern.

98 **Wir fordern vom G20 Gipfel,**

- 99 □ dass in Pittsburgh bindende Beschlüsse für eine effektive internationale
100 Zusammenarbeit in Steuersachen gefasst werden und ein automatischer
101 Informationsaustausch, länderscharfe Berichtspflichten und wirksame Sanktionen
102 gegen Steueroasen beschlossen werden.

103 **Parallel dazu fordern wir auf nationaler Ebene,**

- 104 □ dass in Deutschland die seit langem bekannten Defizite in der deutschen
105 Steuerverwaltung behoben werden. Dazu gehört auch, die Zersplitterung in 16
106 Landesverwaltungen zu beenden. Die CDU-Vorsitzende Merkel muss dafür sorgen,
107 dass ihre Ministerpräsidenten nicht weiter einen effizienten Steuervollzug
108 blockieren! Zudem braucht es endlich eine wirksame rechtliche Handhabe, mit der
109 der Verdacht auf Beihilfe zur Steuerflucht seitens der Banken konsequent verfolgt
110 werden kann.

111 **5. Faire Lastenverteilung zur Krisenbewältigung – Finanzumsatzsteuer einführen!**

112 Viele Menschen fragen sich angesichts der Milliardenausgaben der Staaten, wie das viele
113 Geld wieder zurück fließt. Die Staatsverschuldung in der EU droht zu explodieren, bis
114 2020 blüht Deutschland laut EU-Kommission ein Schuldenstand so groß wie die jährliche
115 Wirtschaftsleistung. 2007 waren es noch 65% der Bruttonsozialprodukts. Die Zins- und
116 Tilgungslast droht den Staat handlungsunfähig zu machen. International fordert Merkel
117 eine gerechte Verteilung der Lasten der Krise, kann sich sogar die Einführung einer
118 Finanzumsatzsteuer vorstellen. In Europa aber lehnt sie gemeinsam mit der SPD dieses
119 Instrument ab, in Deutschland will sie sogar die Steuern für Besserverdiener senken.

120 **Wir fordern vom G20 Gipfel,**

- 121 □ die Einführung einer Finanzumsatzsteuer. So wird Geld für die Bewältigung der
122 Kosten der Krise aktiviert. Ein geringer Steuersatz auf alle Finanzgeschäfte – auch
123 außerhalb der Börsen – würde für einen fairen Beitrag der Branche an den
124 immensen Kosten sorgen. Gleichzeitig wirkt die Steuer stabilisierend, weil
125 Spekulationen unattraktiver werden und sich langfristiges Investieren gegenüber
126 kurzfristiger Profitmaximierung wieder rechnet.

127 **Parallel dazu fordern wir auf europäischer Ebene,**

- 128 □ dass eine solche Finanzumsatzsteuer – sollte dieses Vorhaben in Pittsburgh
129 scheitern - schnellstmöglich in der EU eingeführt wird. Allein dort kann sie
130 Einnahmen von mindestens 64 Milliarden Euro jährlich bringen.

131 **Parallel dazu fordern wir auf nationaler Ebene,**

- 132 □ dass in Deutschland die Kosten der Krisenbewältigung durch eine einmalige
133 Vermögensabgabe finanziert werden.

134 **6. Green New Deal**

135 Ohne eine Erholung der Wirtschaft wird sich keine der weltweiten Krisen lösen lassen,
136 weder die Klima- noch die Wirtschafts- oder die globale Gerechtigkeitskrise. Das heißt
137 aber nicht – wie die Traditionalisten der anderen Parteien meinen – der Zustand vor der
138 Krise sei erstrebenswert. Darüber täuscht auch ihre unverbindliche Charta für nachhaltiges
139 Wachstum nicht hinweg. Noch fataler ist nur die marktradikale “trickle-down” Logik der
140 FDP, nach der Steuersenkungen zu Wachstum führen, die wiederum Wohlstand für alle
141 schaffen. Wir wollen ein neues, nachhaltiges Fundament bauen.

142 **Wir fordern vom G20 Gipfel,**

- 143 □ dass aus Pittsburgh das klare Signal kommt: Wachstum auf Kosten der Umwelt und
144 zu Lasten sozialer Standards ist von gestern.: Einer nachhaltigen Wirtschaft auf
145 Basis erneuerbarer Energien und Ressourcen und mit sozialen Rechten gehört die
146 Zukunft – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Die G20 sind das richtige
147 Gremium, um mit einer gerechten Weltwirtschaftsordnung ernst zu machen und
148 entsprechende Beschlüsse zu fassen.

149 **Parallel dazu fordern wir auf nationaler Ebene,**

- 150 □ dass in Deutschland endlich ein ernst gemeintes Umsteuern zu einer ökologisch
151 verträglichen Wirtschaftsweise stattfindet. Wo immer wir vorangehen können,
152 müssen wir vorangehen. In unserem grünen Neuen Gesellschaftsvertrag haben wir
153 deutlich gemacht wie.

154 **7. Klima- und Hungerkrise machen keine Pause – fairer Ausgleich weltweit**

155 Die ärmeren Länder der Welt wurden von der Finanzkrise hart getroffen . Über eine
156 Milliarde Menschen sind vom Hunger bedroht, die Erfüllung der Millennium Development
157 Goals ist in weite Ferne gerückt. Die Klimakrise trifft ausgerechnet die ärmsten Länder am
158 stärksten, obwohl sie am wenigsten zum globalen Anstieg an Treibhausgasen beigetragen
159 haben. Der größte Teil der CO₂-Emissionen stammt aus den Industriestaaten. Wir Grüne
160 denken Klima-, Wirtschafts- und Hungerkrise zusammen. Um sie zu lösen, brauchen wir
161 auch neue Finanzmärkte – ausgerichtet an ökologischen und sozialen Kriterien.

162 **Wir fordern vom G20 Gipfel,**

- 163 □ einen klaren Fahrplan wie die finanziellen Mittel aufgebracht werden, die die armen
164 Staaten als Unterstützung beim Klimaschutz brauchen. Eine Weltklima-Bank, über
165 die der Ausgleich zwischen reichen und armen Ländern stattfindet, kann ein
166 wirksames Instrument sein. Zudem braucht es neue Anstrengungen, um die
167 Millennium Development Goals zu erfüllen. Ein wirksames Instrument um die dazu
168 nötigen globalen Finanzmittel zu generieren, ist eine internationale
169 Finanzumsatzsteuer.

170 **Parallel dazu fordern wir auf nationaler Ebene,**

- 171 □ dass in Deutschland die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit bis 2015 endlich

172 auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts angehoben werden.

173 **8. Global Governance verbessern**

174 Der Internationale Währungsfonds hat seine Lektion nicht gelernt und schreibt einigen
175 Staaten mitten in der Krise wieder deutlich prozyklische Wirtschaftspolitik vor. Auch
176 organisatorisch und in seiner Legitimation ist der IWF noch nicht so aufgestellt, dass er die
177 ihm zugeschriebene neue Aufgabe als internationaler Finanzwächter übernehmen kann.
178 Der G20-Gipfel muss jetzt Schwung in diesen bisher zähen Reformprozess bringen. Dabei
179 müssen Europa und die USA ihre Blockade aufgeben und endlich den aufstrebenden
180 Ländern des Südens den ihnen zustehenden Einfluss geben.

181